

Bern

Wirte sollen zahlen - und gehen auf die Barrikaden

Der Regierungsstatthalter will die Wirte in der oberen Berner Altstadt für die Sicherheit auf den Gassen zusätzlich zur Kasse bitten - mit bis zu 5400 Franken jährlich. Der Plan stösst auf grossen Widerstand.



In den Nachtstunden ist die Aarberggasse nicht immer so beschaulich wie am Tag - die Club- und Beizendichte ist gross. Foto: Valérie Chételat

Christian Brönnimann

Wirte und Clubbetreiber in der oberen Berner Altstadt sind in Aufruhr. In einem Schreiben, das den Medien von FDP, SVP und BDP zugespielt wurde, informierte der Regierungsstatthalter Bern-Mittelland die Wirte im Januar über das geplante Sicherheitskonzept. Konkret sieht es vor, dass Betriebe mit Überzeitbewilligung zwischen 300 und 450 Franken monatlich an einen privaten Sicherheitsdienst bezahlen müssen, solche ohne Überzeitbewilligung 150 Franken. Laut Regierungsstatthalter Christoph Lerch soll mit dem Geld eine Zweierpatrouille mit Hund finanziert werden, die in Freitag- und Samstagnächten zwischen Mitternacht und fünf Uhr früh auf den Gassen für Ruhe und Ordnung sorgt.

Betroffen von der Ankündigung sind 33 Betriebe in Aarberger-, Neuen-, Genser- und Speichergasse, knapp zwei Drittel davon besitzen eine Überzeitbewilligung. Sollten sie sich nicht freiwillig am Konzept beteiligen, wird das Regierungsstatthalteramt «die notwendigen Auflagen trotzdem verfügen und die Betriebsbewilligungen anpassen», wie im Schreiben zu lesen ist. Am 4. März laden die Behörden zu einer Informationsveranstaltung ein.

Die Wirte sind empört

Der Aufschrei ist gross: «Wir sind Wirte und keine Hilfspolizisten», sagt zum Beispiel Eveline Neeracher, Präsidentin von Gastro Stadt Bern und Umgebung. «Es kann nicht sein, dass wir für die Sicherheit auf den Strassen verantwortlich gemacht werden.» Die Wirte bezahlen ja bereits Steuern und Gebühren, das solle reichen. Bernhard Hüsser vom Restaurant Moléson in der Aarberggasse sagt, dass sich die betroffenen Wirte und Clubbetreiber bestimmt gegen das Konzept wehren werden. «Diejenige Instanz muss eine Aufgabe ausführen, die auch die dazu notwendigen Kompetenzen besitzt», erklärt Hüsser. Ein privater Sicherheitsdienst könne beispielsweise bei einer Schlägerei nicht so durchgreifen wie die Polizei.

Auch für Rolf Bähler, Geschäftsführer des Clubs Bonsoir, ist der eingeschlagene Weg der falsche. «Ich bin über das Schreiben erschrocken, der Ton ist respektlos», sagt er. Vor der Androhung einer Verfügung erwarte er einen gesunden Dialog. Das Regierungsstatthalteramt sei aber auf ein Gesprächsangebot

im letzten Sommer gar nicht erst eingestiegen. Nun liege ein einseitig erarbeiteter Vorschlag auf dem Tisch, der nicht praktikabel sei. «Es gibt schwarze Schafe unter den Clubbetreibern, die sich nicht um die Sicherheit scheren. Alle anderen sollen nun dafür büssen», sagt Bähler. Viel sinnvoller wäre es in seinen Augen, ein Nachtlebenkonzept zu schaffen, in welchem die Anforderungen definiert würden, die ein Betreiber erfüllen muss, um die Betriebsbewilligung zu erhalten (siehe auch Text unten).

Rechte bringen Pflichten mit sich

Christoph Lerch rechtfertigt das Konzept: «Wer Rechte, wie zum Beispiel eine Überzeitbewilligung hat, hat auch Pflichten», sagt er. «Das Konzept ist unser Entwurf und stützt sich auf das kantonale Gastgewerbegesetz.» Dieses besagt unter anderem, dass Bewilligungen mit Auflagen verbunden (Artikel 4) und Einschränkungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe

und Ordnung gemacht werden können (Artikel 1). Zudem haben Wirte ihren Betrieb so zu führen, dass «für die Nachbarschaft keine übermässigen Einwirkungen entstehen» (Artikel 21).

Die Behörden strebten an, «Hand in Hand» mit den Wirten eine rasch umsetzbare Lösung zu suchen, deshalb organisierte man die Informationsveranstaltung, so Lerch. «Eigentlich sind die Pflichten der Wirte ja bekannt, nun sollen sie auch wahrgenommen werden, analog zu Sportveranstaltungen, wo sich die Teams an den Sicherheitskosten beteiligen müssen.» Überdies bitte auch die Stadt Thun ihre Wirte zur Kasse für die Sicherheit.

In Thun beteiligen sich die Innenstadtwirte seit 2006 tatsächlich an den Kosten für einen privaten Sicherheitsdienst. Die Beiträge sind jedoch deutlich tiefer angesetzt als in Bern. Laut Karin Kupferschmid vom Gewerbeinspektorat beträgt der Monatsbeitrag pro Betrieb zwischen 100 und 160 Franken. Zudem müs-

sen nur diejenigen Betriebe bezahlen, die über eine Überzeitbewilligung verfügen.

Kapo: Keine lückenlose Präsenz

Und weshalb kann nicht die Kantonspolizei für die Sicherheit auf Berns Ausgehmeile sorgen? Immerhin steht bis 2013 eine Aufstockung um 20 000 Mannstunden an. Eine Zweierpatrouille im vorgezeichneten Rahmen würde nur etwas mehr als einen Zwanzigstel davon in Anspruch nehmen. «Eine lückenlose Präsenz ist nicht vorgesehen, da die Polizei an sämtlichen Brennpunkten in der Stadt Bern präsent sein muss», schreibt die Kantonspolizei dazu auf Anfrage.

Laut Sicherheitsdirektor Reto Nause (CVP) geht es zudem um mehr als um die Sicherheit: «Zusammen mit den Lokalen wollen wir eine Gassenidentität entwickeln», sagt er. Dazu brauche es das Commitment aller Betreiber, auch für die Gassen verantwortlich zu sein, sowie einen gemeinsamen Sicherheitsdienst.

Reaktionen

«Lerchs Vorgehen zeigt das Dilemma der Linken beim Thema Sicherheit»

Sämtliche Fraktionen im Berner Stadtrat lehnen private Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum ab. In der Schweiz habe der Staat das Gewaltmonopol inne.

Grossrat Philippe Müller (FDP) fühlt sich «verarscht»: Die Bestrebungen von Statthalter Christoph Lerch (SP) zur Bildung eines privaten Sicherheitsdienstes in der oberen Altstadt zeigten, dass der Gemeinderat vor einem Jahr nicht die Wahrheit gesagt habe, sagt der Vater der Initiative zur Erhöhung der Polizeipräsenz. Vor der Abstimmung habe der Gemeinderat stets versichert, dass Bern eine sichere Stadt sei. Seither habe sich die Sicherheitslage nicht verändert. Und trotzdem wolle nun SP-Statthalter Lerch für mehr Patrouillenpräsenz in der oberen Altstadt sorgen - allerdings durch private Sicherheitsdienste. «Offenbar hat die Polizei die Sache eben doch nicht im Griff», sagt Müller.

Lerchs Vorgehen zeige sehr schön das «Dilemma der Linken» beim Thema Sicherheit: «Man kann nicht gegen die

Polizei und für das staatliche Gewaltmonopol eintreten», sagt Müller.

Schelte für Lerch auch von der SP

Erstaunt über Lerchs Vorgehen sind aber auch die rot-grünen Parteien. Das Grüne Bündnis (GB) könne den Einsatz privater Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum «auf keinen Fall akzeptieren», sagt Co-Fraktionschef Hasim Sancar. Und sogar Lerchs eigene Partei, die SP, spricht von einer «unglücklichen Forderung» Lerchs. Es sei zwar begrüssenswert, wenn nun ein Versuch unternommen werde, die Lokale in der oberen Altstadt für die Sicherheitskosten in die Pflicht zu nehmen, sagt Stadträtin Corinne Mathieu. Das Gewaltmonopol müsse aber in der Hand des Staates bleiben. Zudem sei es «schräg», wenn Speiselokale wie das Moléson nun über den gleichen Leisten geschlagen würden wie die Nachtclubs. Mathieu ortet auch ein Vakuum bei der Umsetzung von Sicherheitsmassnahmen, das nun durch den Statthalter gefüllt werde.

«Gemeinderat versteckt sich»

In diesem Zusammenhang greift die SP-Frau zu ungewöhnlich scharfen Worten gegen die rot-grüne Stadregierung:

«Der Gemeinderat verschanzt sich hinter kantonalen gesetzlichen Grundlagen und zieht sich somit aus der Verantwortung.» Mathieu hat Mitte letzten Jahres einen Vorstoss eingereicht, in dem sie die Ausarbeitung eines Konzeptes für das Berner Nachtleben forderte. Eine interfraktionelle Motion von GFL, GLP, BDP, SVP und CVP weist in eine ähnliche Richtung. Beide Vorstösse sind noch hängig. Der Gemeinderat hat sich bereits letztes Jahr gegen ein solches Konzept ausgesprochen. Stadtpräsident Tschäppät sagte damals, ein Konzept könne die konkreten Probleme vor einzelnen Nachtlokalen in der Aarberggasse nicht lösen. Die Instrumente zur Lenkung des Nachtlebens seien ausreichend. Für deren Umsetzung seien Polizei und Statthalter zuständig.

Welches Nachtleben will Bern?

«Mit einem Konzept kann man keine Gewalttaten verhindern», meint auch GFL-Parteipräsident Manuel Widmer. Ein Konzept könnte aber zu einer anderen Ausgangskultur in der oberen Altstadt beitragen, von der sich eine andere Klientel angezogen fühlte. «Für Statthalter Lerch ist das Nachtleben ein Prob-

Kommentar

Bernhard Ott

Gemeinderat und Statthalter auf dem Holzweg

Der Gemeinderat der Stadt Bern und Regierungsstatthalter Christoph Lerch (SP) haben diese Woche zwei äusserst fragwürdige sicherheitspolitische Zeichen gesetzt. Der Gemeinderat gab bekannt, dass er die Securitas-Patrouillen im Raum Schützenmatte aus Spargründen aufheben will. Statthalter Christoph Lerch wiederum will die Lokale an der Aarberggasse unter Drohungen zur Finanzierung eines privaten Sicherheitsdienstes verpflichten. Die Behörden wollen also Aufgaben der öffentlichen Sicherheit privatisieren und stellen das staatliche Gewaltmonopol infrage. Diese Politik ist für rot-grüne Politiker und Verwalter doch erstaunlich.

Der Gemeinderat foutiert sich um das Nachtleben und lehnt ein entsprechendes Konzept ab. Statthalter Lerch wiederum zäumt das Pferd von hinten auf. Anstatt mit den Wirten das Gespräch zu suchen und gemeinsam ein Sicherheitsmonitoring zu etablieren, wie dies ein Vorstoss der SP (!) im Stadtrat verlangt, droht er mit Massnahmen wie dem Entzug von Überzeitbewilligungen. Ein einmaliger Vorgang ist es auch, wenn eine Behörde Private unter Androhung von Sanktionen zur Aufstellung eines Sicherheitsdienstes auf öffentlichem Grund verpflichten will. Letztlich leuchtet es nicht ein, warum die Polizei an Wochenenden in der Aarberggasse nachts nicht durchgehend präsent sein kann. Eine Zweierpatrouille müsste während gut 1000 Stunden pro Jahr präsent sein, was fünf Prozent der ab September anstehenden Erhöhung der Polizeipräsenz ausmacht.

Der Fisch stinkt wohl vom Kopf her. Der Gemeinderat bestellt die Polizei und definiert, wo sie schwerpunktmässig eingesetzt werden soll. Warum er in der Aarberggasse nicht für genügend Polizei sorgt, ist schleierhaft. Will er nicht eingestehen, dass die Stadt eben doch nicht so sicher ist, wie er vor der Abstimmung über die Initiative zur Erhöhung der Polizeipräsenz stets betont hatte? Ein solches Prestigeducken ginge zulasten aller, die sich auch in der Aarberggasse frei bewegen wollen. Der Gemeinderat soll endlich im Dialog mit den Betroffenen ein Konzept zum Nachtleben ausarbeiten, das auch unpopuläre Massnahmen enthält. Dies wäre politisch zwar riskanter, aber auch konstruktiver, als den Statthalter mit Zwangsmassnahmen vorauszuschicken.

lem. Es ist aber eine Kultur, die nun mal zu einer Stadt gehört», sagt Widmer. «Mit Zurückbinden und Reglementieren allein ist es nicht getan», meint auch Christian Pauli, Präsident der Veranstalterdachorganisation Bekult. Der Gemeinderat müsse eine Antwort auf die Frage finden, welche Art Nachtleben er in Bern fördern wolle. «Ich habe den Eindruck, dass der Statthalter gar nicht weiss, wie es in der Aarberggasse aussieht», sagt Pauli. (bob)

Anzeige

NEIN! zum AUTOLOBBY-VOLKSVORSCHLAG

„Für eine massvolle, ökologisch vertretbare Steuersenkung!“
Markus Meyer, Grossrat, Roggwil

www.Ecoiax-JA.ch
Abstimmung zur Motorfahrzeugsteuer - 13.2.2011